

Politik

Johannes Varwick: Britische Drohnen im russischen Hinterland – wie lange geht das gut?

Ukrainische Drohnen mit britischer Technik treffen tief im russischen Hinterland – Moskau droht mit harten Gegenmaßnahmen. Ist der Westen damit längst Kriegspartei? Und wie lange lässt sich dieser Ritt auf der Rasierklinge noch durchhalten?

Von **Johannes Varwick**

18.08.2026



Diesen Artikel anhören

00:00 / 04:24 1X

BotTalk

Nun also doch Kriegspartei? „We are fighting a war against Russia“, so die damalige deutsche Außenministerin Annalena Baerbock im Januar 2023. Auch wenn sie erklärte, sie sei missverstanden worden: Das trifft es inzwischen recht genau. Ohne westliche Unterstützung wäre der Krieg in der Ukraine schon zu Ende, vermutlich mit einer ukrainischen Niederlage. Diese will niemand außer Russland, und so schlittert der Westen in einen Krieg.

Empfehlung der Woche

Buch

Film

Wie jetzt bekannt wurde, nutzt die Ukraine

Drohnen , die auf zwei britische Unternehmen im Rahmen der sogenannten „Deep-Strike-Kampagne“ zurückgehen, für Angriffe tief im russischen Hinterland. Russland warnt Großbritannien vor Konsequenzen. Außenminister Sergej Lawrow erklärte öffentlich: „Wir werden unsere eigenen Maßnahmen deutlich verschärfen, um alles zu zerstören, was die Militärmaschine Kiews aus dem Westen antreibt.“



Peter Thiel

Tahir Chaudhry & Tariq Hübsch

Das britische Verteidigungsministerium weist diese Drohungen mit dem Hinweis darauf zurück, dass sich das Vereinigte Königreich verpflichtet habe, Ausrüstung zur Verfügung zu stellen, die von der Ukraine gebraucht werde, um sich gegen Wladimir Putins illegale Invasion zu verteidigen.

Zur Empfehlung

Dokumentierte Waffenlieferungen im dreistelligen Milliardenbereich

Man mag dies als neue Runde in der Eskalationsspirale des Ukraine-Krieges sehen. Oder als Anlass, um darüber nachzudenken, ob „der Westen“ nicht doch schon längst Kriegspartei ist. Und welche Folgen das haben könnte. Denn dieser Vorfall ist wohl nur die Spitze des Eisberges. Der Westen leistet sich, indem er die Ukraine derart intensiv unterstützt, längst einen Ritt auf der Rasierklinge.

Dokumentierte Waffenlieferungen im dreistelligen Milliardenbereich, glaubhafte Berichte über die Hilfe bei der Aufklärung und Zielerfassung der ukrainischen Armee, wenn die russischen Positionen innerhalb und inzwischen auch außerhalb der Ukraine angegriffen werden, gehören zum Repertoire. Selbst Spekulationen über die Präsenz britischer und US-amerikanischer Militärberater in der Ukraine verstummen nicht.

Nach Auffassung der Bundesregierung unterstützt Deutschland die Ukraine völkerrechtskonform bei der Ausübung ihres legitimen Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der UN-Charta. „Wir werden keine Entscheidung treffen, die die NATO Kriegspartei werden lässt“, so der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz in

Ist die NATO nicht längst Kriegspartei?

Nach mehr als drei Jahren Krieg und milliardenschweren Waffenlieferungen, gerade aus Deutschland, meinte Nachfolger Friedrich Merz in seiner ersten Regierungserklärung im Bundestag am 14. Mai 2025: „Wir sind nicht Kriegspartei und werden dies auch nicht werden.“ Zugleich sei Deutschland aber auch kein „unbeteiligter Dritter zwischen den Fronten“. Es dürfe kein Zweifel daran aufkommen, dass man ohne Wenn und Aber an der Seite der Ukrainer stehe.

Lässt sich dieser Spagat zwischen nicht mehr Frieden, aber noch nicht Krieg dauerhaft durchhalten? Die rechtliche Schwelle zwischen Konfliktunterstützung und Konfliktteilnahme ist seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 unter Völkerrechtlern umstritten. Ein verbindlicher Kriterienkatalog, was einen Verbündeten zur Kriegspartei macht, existiert nicht.

Wäre ein Staat mit eigenen Streitkräften im Konfliktgebiet präsent und nähme direkt an Kampfhandlungen teil, wäre die Lage eindeutig. Ob Umfang und Substanz des Waffentransfers sowie die unstrittig sehr weitgehende Beihilfe bei Angriffen auf Ziele in Russland mittlerweile die Qualität einer indirekten Gewaltanwendung erreichen, ist offen.

Feinsinnigkeiten des Kalibers: „Boiling the frog“

In einer Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages vom Juni 2023 heißt es: „Politische Faustformeln wie: ‚Wer lediglich Waffen liefert, wird nicht zur Konfliktpartei‘ verkürzen rechtlich komplexe Debatten und bilden die Rechtslage nur ungenau ab.“ Seit Frühjahr 2022 würden die NATO-Staaten zwischen (gewollter) Konfliktunterstützung zugunsten der Ukraine und (nicht gewollter) Konfliktbeteiligung lavieren.

Umso mehr sollte Klarheit bei der Situationsanalyse kein Tabu sein. Der Kreml betrachtet Staaten wie Großbritannien und Deutschland offenkundig als Kriegsparteien. Viele hierzulande wollen das nicht wahrhaben und verstecken sich hinter völkerrechtlichen Feinsinnigkeiten des Kalibers: „Boiling the frog“ – frei übersetzt: Langsam die Grenzen des Machbaren hinausschieben und die Reaktion Russlands austesten. Wie lange wird, vor allem kann das noch „gut“ gehen? **F**

